

von Wohnraum zu verbinden. Die Volkswerft hat also als einer der ersten Großbetriebe die Gleichberechtigung der Frau Wirklichkeit werden lassen, indem sie in Lehrgängen Schweißerinnen, Kranführerinnen, Tischlerinnen ausbildete, die in ihrer Arbeit bewiesen, daß sie durchaus ihren Mann stehen. Es ist in diesem Betrieb deshalb kein Zufall, daß die Parteibetriebsgruppe trotz mancher Schwächen das Vertrauen des größten Teils der Belegschaft besitzt und daß in diesem Betrieb eine breite Wettbewerbsbewegung zu Ehren des III. Parteitages sich entfaltete.

Durch die Initiative der Partei erfolgte kürzlich eine Überprüfung des Betriebes mit dem Ziel, Arbeitsplätze für bisher nicht eingesetzte Umsiedlerfrauen ausfindig zu machen. Diese Aktion war ein Erfolg, und es sind jetzt 650 Frauen auf unserer Volkswerft in Stralsund beschäftigt.

Neben den Werften bietet die sich an unserer Ostseeküste entwickelnde Fischfang- und Fischverwertungsindustrie vielen Umsiedlern Existenzmöglichkeiten. In Saßnitz auf Rügen wurde nach 1945 ein volkseigenes Fischereikombinat geschaffen. Durch großzügige Hilfe unserer Partei wurde hier den Umsiedlern ihre gewohnte Arbeit ermöglicht und ihnen das Eingewöhnen in die neue Heimat leicht gemacht. Dieses Kombinat trägt durch seine Erfüllung und Übererfüllung des Plansolls nicht unwesentlich dazu bei, die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern.

Anders sieht es natürlich dort aus, wo in manchen unteren Einheiten unserer Partei den Sorgen und Nöten der Umsiedler nur wenig Beachtung geschenkt wird. Wenn zum Beispiel der ehemalige Bürgermeister von Wolgk, Hofer, die Selbsthaftmachung der Umsiedler bewußt hintertrieb, sie beschimpfte und dafür die Großbauern und Privatbetriebe unterstützte, so ist es kein Wunder, daß dort die Parteiarbeit stagnierte. Erst nachdem die Partei eingegriffen hatte und diesen Saboteur an unserem Aufbau beseitigte, trat die Partei aus ihrer Isoliertheit heraus und gewann das Vertrauen der Bevölkerung. Oder aber, wenn in der Gemeinde Testdorf, Kreis Schönberg, die Umsiedler ihrem Schicksal überlassen bleiben, die angeordnete Wohnraumbegehung zur Verbesserung des Wohnraumes der Umsiedler nicht durchgeführt wird, weil man die Umsiedler nicht als gleichberechtigt ansieht, so ist es klar, daß unsere Partei nicht als diejenige erkannt wurde, die einzig und allein in der Lage ist, den Umsiedlern ein besseres Leben zu bringen. Auch hier mußte sich erst die Partei einschalten, ehe die Umsiedler zu ihrem